

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Zahlung von den Ausgabestellen 1 Mk. monatlich 35 Pf.; durch die Austräger und die Post bezogen 1,20 Mk. durch den Verleger ins Haus 1,60 Mk. Einzelnummer 5 Pf.
Abbestellen höchstens 6 mal wöchentlich halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile über deren Stamm (Stamm 1. Seite) 10 Pf. für die 2. bis 10. Zeile 15 Pf. für die 11. bis 20. Zeile 20 Pf. für die 21. bis 30. Zeile 25 Pf. Bei Anzeigen von 10 Zeilen und längerem Bestehen ermäßigt. Bei Anzeigen von 10 Zeilen und längerem Bestehen ermäßigt. Bei Anzeigen von 10 Zeilen und längerem Bestehen ermäßigt. Bei Anzeigen von 10 Zeilen und längerem Bestehen ermäßigt.

Nr. 215.

Freitag den 13. September 1907.

34. Jahrg.

Partei-Angelegenheiten.

Noch immer ist der Glaube weit verbreitet, daß die 3 1/2 Millionen Stimmen, welche bei der letzten Reichstagswahl für sozialdemokratische Kandidaten abgegeben worden sind, von Sozialdemokraten resp. Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei herrühren. Daß dem nicht so ist, daß die Zahl der wirklichen Sozialisten geringe ist, geht aus dem soeben veröffentlichten Parteibericht hervor. Danach soll die Mitgliederzahl der Parteioffizianten im letzten Jahre einen „glänzenden Aufschwung“ genommen haben und seit 1906 um 146 000 gewachsen sein. Aber dennoch beträgt sie jetzt nicht mehr als ja. 530 000. Davon kommen auf Groß-Berlin ja. 78 000 gegen 41 000 im Vorjahre. Die „Roten“ sind damit erst auf die numerische Stärke der „Schwarzen“ gekommen. Denn nach dem auf dem Deutschen Katholikentag in Würzburg jüngst erstatteten Geschäftsbericht zählt der „Volkverein“ für das katholische Deutschland, welcher im wesentlichen von den katholischen Arbeitervereinen gebildet wird, über 500 000 Mitglieder und es hat derselbe seit Jahresfrist nur um 50 000 zugenommen. Wenn man nun auch den Umstand in Betracht zieht, daß hunderttausende von Arbeiter-Mitgliedern liberaler, nationaler und evangelisch-christlicher Vereine sind, so erblickt als Tatsache, daß das ganze Proletariat noch lange nicht auf Seite der Herren Vebel und von Bolmar steht, selbst wenn man jene 3 1/2 Millionen Wählerstimmen für sozialistische ansetzen wollte. In Wahrheit sind in dieser Wählermasse mindestens 2 1/2 Millionen nicht-Sozialisten enthalten, die nur von einem gewissen politischen Realismus befeuert sind und diesem am besten durch sozialdemokratische Stimmabgabe rechnen zu können glauben. In manchen Punkten drückt sich aber doch die Forderung der katholischen, evangelischen, liberalen und sonstigen nicht-sozialistischen Arbeitervereine mit der sozialdemokratischen. Sie verlangen, wie diese, ein freies Vereins- und Versammlungsgesetz, uneingeschränkte Koalitionsfreiheit, die Reichsfähigkeit der Berufsvereine im ausgedehntesten Maße, die Aufrechterhaltung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit allgemeiner Stimmabgabe, die Einführung desselben in den Bundesstaaten, die sich seiner noch nicht erfreuen und last not least die Fortführung der Sozialgesetzgebung zugunsten der wirtschaftlich-Schwachen. Die Nichtberücksichtigung dieser Forderungen führt den Sozialdemokraten neue Anhänger, wenn nicht Parteimitglieder, so doch Wähler zu.

Es gibt übrigens noch andere Umstände, welche in dieser Richtung wirken. Vor allem ist es der Stimmzettel, der sich im gesellschaftlichen und noch mehr im öffentlichen Leben vielfach in recht verlegender Weise bemerklich macht, Unzufriedenheit mit dem Bestehenden und eine labile Stimmung erzeugt. Dieser wunde Punkt ist seit langer Zeit zum ersten Male wieder berührt worden durch einen vom freisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. Müller-Meinungen für den diesmaligen Parteitag zur Diskussion gestellten Antrag, welcher die Forderung stellt, daß bei Anstellungen und Beförderungen im Staats- und Gemeinde- und bei der Zentrums-Partei. Besonders in den norddeutschen Staaten, speziell in Preußen, fragt man, wenn auch nicht mehr: „Wer war sein Großvater?“ oder doch immer noch: „Wer war sein Vater?“ Und war dieser nicht genügend vornehmen Standes, so hat der Sohn, wenn er sein Fortkommen im Heeres- und Staatsdienst sucht, schwer darunter zu leiden. Ausnahmen gibt es ja, aber sie sind äußerst selten.

Dieses Messen mit falschem Maßstab macht sich aber nicht nur in gesellschaftlicher, sondern bekanntlich auch in konfessioneller Beziehung bemerkbar und es werden dadurch gar viele tüchtige Kräfte auf die Dauer kalt gestellt und auch verbittert. Eine Agitation aller wahrhaft patriotischen Parteien zum Zwecke der Verbannung des aus alten Zeiten stammenden, auf überkommenen Anschauungen beruhenden übertriebenen Klassengeistes wäre ein wahrhaft zeitgemäßes Unternehmen, das bald die große Mehrheit der deutschen Nation auf seiner Seite haben würde. Die Sozialdemokraten können einer solchen Bewegung nicht entgegenstehen, nicht einmal neutral zusehen, weil sie sonst von ihr über den Haufen gerannt würden. Es mehrten sich ja ohnedies die Regungen in ihrem Lager, welche den Grundgedanken der bürgerlichen Parteien niemals zu unterliegen, verdammen. So hat der soeben in Altona stattgehabte Kongress der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie, auf dem 90 Delegierte vertreten waren, mit großer Mehrheit den Antrag, die bürgerlichen Parteien bei Reichstagswahlen in keinem Falle zu unterstützen, abgelehnt. Bieleicht wird es sich auf dem bevorstehenden Parteitag in Gießen zeigen, daß der totgefagte Revisionismus doch noch lebt und in aller Stille große Fortschritte gemacht hat.

Die russisch-japanischen Vereinbarungen.

Ein Handels- und Schiffahrtsvertrag sowie ein Fischereivertrag, sind am Mittwoch veröffentlicht worden. Schon am Dienstag machte die „Petersb. Telegr. Agentur“ über Inhalt und Bedeutung dieser Verträge folgende Angaben:

Der russisch-japanische Handels- und Schiffahrtsvertrag ist in Uebereinstimmung mit dem Artikel 12 des Portsmouther Vertrages und entspricht den mit anderen Mächten abgeschlossenen Meeresbegünstigungs-Verträgen. Dem Vertrage sind besondere Artikel und ein Protokoll beigelegt, die Vertragskraft haben. Durch diese verpflichten sich Rußland und Japan, gegenseitig einseitige Vereinbarungen anzuerkennen, welche nicht zu den wesentlichen Rechten der meistbegünstigten Nationen gehören. Die wichtigsten davon sind: Rußland behält sich das Recht vor, den Nachbarküsten zur Sicherung des Handels innerhalb eines Grenzstreifens von fünf Meilen Bestimmungen zu treffen. Für Japan dagegen bleibt die Bestimmung bezüglich des japanischen Handels mit den benachbarten asiatischen Ländern hinsichtlich der Güter von Walfisch in Kraft. Ein angelegtes Protokoll betrifft die Handelsbegünstigungen des Amurgebietes und des Behringengebietes mit dem Japan zugewiesenen Küstengebiet. Der Handelsvertrag tritt zwei Monate nach dem Austausch der Ratifikationen in Kraft. Jede der Vertragsmächte hat das Recht, nach dem 4. bzw. 17. Juli 1910 die andere von ihrer Pflicht in Kenntnis zu setzen, den Vertrag aufzuheben, der dann am 1. August in Kraft tritt. Eine weitere vorläufige Konvention zwischen Rußland und Japan betrifft den Walfisch in der russischen und die japanischen Bahnen in der Mandchurie auf der Station Kuanhsjanang, sowie die technischen Bedingungen des Anschlusses und Dienstes auf diesen Bahnen.

In dem am 28. Juli abgeschlossenen, am 9. September ratifizierten Fischereivertrag gewährt die russische Regierung den japanischen Unternehmern das Recht der Fischerlei sowie des Sammelns und der Verarbeitung der Meeresergänzung, ausgenommen Robben und Seegrotten, im Japanischen, Ostchinesischen und Behringischen mit Ausschluß der Fische und Wuchsen. Der Fischefang und die Verarbeitung der Meeresergänzung wird den japanischen Unternehmern auf speziell hierfür bestimmten Landstrichen gestattet. Diese Landstriche werden an japanische und russische Unternehmern ohne Unterschied der Nationalität durch öffentliches Ausgebot verpachtet. Die Japaner bedürfen einer besonderen Erlaubnis für den Walfisch- und Stodfischefang. Die russischen sowie die japanischen Unternehmern, welche Landstriche gepachtet haben, sind hinsichtlich der Steuern und Gebühren gleichgestellt. Zur Ausfuhr bestimmte Fische und Meeresergänzung aus dem Küstengebiet und dem Amurgebiete werden russischerseits nicht befreit. Die von japanischen Unternehmern zum Fischefang und zur Verarbeitung der Fischeerzeugnisse engagierten Personen unterliegen keiner Beschränkung aus nationalen Gründen. Die japanische Regierung verpflichtet sich ihrerseits, Fische und Meeresergänzung aus dem Küstengebiet und Amurgebiete mit ihrem Einfuhrzoll zu belassen. Der Fischereivertrag wird nach Ablauf von je zwölf Jahren nach Uebereinstimmung beider Vertragsmächte erneuert beziehungsweise modifiziert.

Die russische und japanische Diplomatie können mit dem Ergebnis ihrer Arbeiten wohl zufrieden sein. Für den „fernen Osten“ ist damit im Zusammenhang mit den anderen Verträgen, die Japan mit England und Frankreich abgeschlossen hat, der Friede auf

geraume Zeit gesichert. Auch auf die gesamte Weltlage dürfte das Bekanntwerden der russisch-japanischen Abmachungen nicht ohne Einfluß im Sinne einer Verhärtung des überall betonten Friedensbedürfnisses bleiben.

Die Vorgänge in Marokko.

Um die in Casablanca geschädigten Deutschen vor wirtschaftlichem Ruin zu schützen, hat Reichsfanzler Fürst v. Bülow, wie der Berliner Korrespondent der „Frankf. Zig.“ seinem Blatte mitteilt, beschloffen, daß ihnen aus der Reichskasse auf ihre Entschädigungsanträge, die sich auf ungefähr eine Million belaufen, ein Vorschuss von 250 000 Mark gewährt werden soll. Dieser Vorschuss wird natürlich, wenn die Entschädigung erfolgt ist, an die Reichskasse zurückgezahlt, und sollte diese Angelegenheit bis zum Zusammentritt des Reichstags nicht erledigt sein, so würde der Reichsfanzler für diese Verwendung von Reichsmitteln die nachträgliche Genehmigung des Reichstages einholen müssen.

Die „Nordd. Allg. Zig.“ macht über die Vorgeschichte dieses Reichsvorschusses noch folgende Mitteilungen: Auf Grund der Vorkellungen einer Deputation der Deutschen Kolonie in Casablanca, die wie auch wir mitteilen, jüngst beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin vortrat, wurde amtlich erwidert, ob es möglich sei, den durch das Bombardement und dessen Folgen geschädigten Deutschen Casablancas, in Berücksichtigung der vorliegenden außergewöhnlichen Umstände, ausnahmsweise durch Gewährung eines Vorschusses zu Hilfe zu kommen. Die deutschen Vertretungen in Tanger und Casablanca wurden zum Bericht über die Lage der Geschädigten aufgefordert und antworteten, daß der Fortbestand der dortigen Handelshäuser ohne sofortige Erbhilfe in der Tat gefährdet sei. Der Reichsfanzler hat nunmehr unter dem 10. d. M. entschieden, daß unter diesen Umständen aus der Reichskasse ein Vorschuss in Höhe von 250 000 Mk. fällig gemacht werde, vorbehaltlich der späteren Erhaltung durch die dazu Verpflichteten und ebenso vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch den Reichstag.

Eine Änderung der zurückhaltenden spanischen Politik der Marokkofrage scheint tatsächlich im Werk zu sein. König Alfons soll neuerdings für ein völliges Zusammengehen mit Frankreich und die Mitwirkung Spaniens bei der militärischen Befreiung der Häfen Marokkos eintreten. Da Ministerpräsident Maura sich aber nicht zur Unterstützung dieser Politik bereit findet, befürchtet man eine Ministerkrise. Als Nachfolger Maura's wird bereits der Kammerpräsident Dato genannt.

Aus Casablanca wird Pariser Blättern vom Dienstag gemeldet, daß für Mittwoch ein neuer Angriff der Marokkaner erwartet wurde. General Drude ist wieder hergestellt. Mit Hilfe des Militärballons hat das Lager der Marokkaner beobachtet und festgestellt werden können, daß der Feind neue Verstärkungen erhalten hat. Auf Befehl Mulay Hafids sind 7000 Mann, darunter 3000 Briten, von Marokko aufgeschoben, um sich den Schaulas anzuschließen.

Wozu die marokkanische Staatsbank gut ist. Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet aus Tanger, die marokkanische Staatsbank habe dem Sultan Abdul Afid eine Million Franken vorgepfaffen, die zur Hälfte in Fez, zur Hälfte bei seiner Ankunft in Rabat zahlbar sein soll.

Wie der „Tempo“ aus Tanger meldet, hat in der Nähe von Marrakech wohnende Stamm der Benagna den Stamm der Semo angegriffen, der Mulay Hafid günstig genim ist. Zur Abholung deutscher Reichsangehöriger aus den marokkanischen Gebieten ist nach der „Danz. Zig.“ der Marinetransportdampfer „Beingsfin“ mit dem Seimainstandort von den

kleinen Kreuzern „Seeadler“ und „Duffard“ nach Langer beordert worden.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der Kaiser von Oesterreich empfing am Mittwoch vormittag die Offiziere des japanischen Geschwaders, an deren Spitze sich der Kommandant Vizeadmiral Jiu befand, in besonderer Audienz. — Die österreichisch-ungarischen Ausgleichskonferenzen haben wieder begonnen. Am Mittwoch fand in Wien unter dem Vorsitz des Freiherrn von Aehrenthal eine Konferenz statt, an welcher die Ministerpräsidenten Dr. Bekerle und Frhr. von Desf, sowie die Minister Kossuth, Daranyi, Apponyi, Klein, Korjowski, Auersperg, Forstich und Deschatta teilnahmen. Den Gegenstand der Besprechung bilden die mit dem Ausgleich zusammenhängenden staatsrechtlichen Fragen. Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Rußland. Das Kabettenblatt „Njesch“ ist wegen eines von ihm veröffentlichten Artikels über die Unruhen in Odesa mit einer Polizeistrafe von 500 Rubeln belegt worden. — Das ist beinahe noch gnädig zu nennen. Während bis man wohl die Redakteure nach Sibirien deportieren.

England. Ueber die Rubeförderung in Vancouver (Britisch-Kolumbien) ist, wie das „Reutersche Bureau“ offiziös erfährt, noch keinerlei amtliche Mitteilung in London eingegangen, auch Vorstellungen sind noch nicht erhoben worden. Die kanadische Regierung besitze genügende Mittel, um allen Zwischenfällen energig entgegenzutreten zu können.

Portugal. Der portugiesischen Expedition in Südwestafrika scheint es gar nicht gut zu ergehen. Ein amtliches Telegramm aus Loanda vom Sonntag meldet, daß die portugiesischen Truppen in den letzten Tagen mehrere Vorstöße mit den Guamaalas hatten, in denen 5 Offiziere verwundet wurden; 19 europäische und 4 eingeborene Soldaten sind gefallen, 53 europäische und 39 eingeborene Soldaten sind verwundet worden.

Türkei. Der neue Fürst von Samos Georgiades ist Dienstag abend auf der kaiserlichen Yacht „Hyacinth“ nach Samos abgereist. Die Samier wollen ihn aber gar nicht haben. — Der „Frankf. Zeitung“ wird aus Saloniki gemeldet, daß die Behörden in Gradonie bei Smyrna ein Lebnsmittel- und Uniformlager bulgarischer Banden entdeckten. — Der „Luz.“ ein bulgarischer Offizier- und Oberanführer der mazedonischen Banden, ist bei Kiritschewo gefallen. — Aus Uesküb wird offiziös gemeldet: In den letzten zwei Monaten hat das Bandenwesen in Wilojet Uesküb auffallend nachgelassen. Im Juli haben nur zwei Bandenkämpfe stattgefunden; auch die übrigen Schreimittel des Komitees sind weniger als sonst zur Anwendung gekommen. Als Ursache dieser erfreulichen Abnahme werden angenommen landwirtschaftliche Arbeiten der börslichen Bevölkerung, ferner die großartigen Schlappen, welche das Bandenwesen jüngst erlitten hat, und die angehängt seitens der Komitees erlassenen Parole, die Aktion einzuschränken.

Persten. In Persten hält der Wirrwarr an. Zu den inneren Schwierigkeiten gesellen sich die Verbindungen mit der Türkei wegen der ewigen Grenzverlegungen durch türkisches Militär. Aus Teheran meldet das „Bureau Reuters“ vom Mittwoch: Ein amtlicher Bericht stellt die Besetzung von Ganzafschin, nordwestlich Urmia, durch 100 Mann türkische Infanterie fest. Ein am Dienstag im Parlament verlesenes Telegramm gibt bekannt, daß die türkischen Truppen jetzt ein Gebiet mit 150 Dörfern und die Umgegend von Chot in Besitz haben. Das Parlament ist gegen die Zusammenfassung des neuen Ministeriums und hat eine Protestdeputation an den Schah geschickt. Ichtescham es Saitaneh, der bis zum Anfang 1906 Befehlshaber in Berlin und seitdem Hauptvollmächtigter an der türkischen Grenze war, ist zum Präsidenten des Parlamentes gewählt worden.

China. Die Goldwährung einzuführen soll sich, wie eine aus Washington in New York eingegangene Briefdepesche besagt, China entschlossen haben.

Westafrika. Die Republik Liberia scheint ganz und gar dem englischen Einfluß zu verfallen. Ueber den Aufstall des Staatspräsidenten von Liberia, Barclay, in London wird der „Köln. Zig.“ berichtet, daß er in Verhandlungen mit dem Auswärtigen und dem Kolonialamt die Errichtung einer einheimischen Polizeitruppe unter englischen Offizieren für die Ueberwachung der Grenze nach der britischen Kolonie Sierra Leone zu geben hat.

Deutschland.

Berlin, 12. Sept. Der Kaiser traf gestern früh mit dem Automobil von Wilhelmshöhe im Randovergelände ein, während die Randovergäste mit

Sonderzug anlangten. Gegen 10 Uhr wurden die Manöver für beendet erklärt. Der Kaiser hielt Kritik ab und kehrte sodann nach Wilhelmshöhe zurück. In Wilhelmshöhe traf der Monarch gegen Abend ein. Abends fand eine Tafel für die Fürstlichkeiten statt.

— (Zum Reichszentraler.) Die Herren Staatssekretär v. Weismann-Hollweg, der Minister des Innern v. Nolke und der Unterstaatssekretär v. Hübner begeben sich nach Norderny zum Reichszentraler.

— (Kriegsminister Generalleutnant v. Einem) ist zum General der Kavallerie befördert worden.

— (Personallen.) Der kommandierende General des 1. Armeekorps, General der Infanterie Dr. Frhr. v. d. Solz, ist vom 1. Oktober ab zum Generalinspekteur der neu zu bildenden 6. Armeedivision mit dem Sitz in Berlin ernannt worden. Der kommandierende General des 5. Armeekorps, General der Infanterie Klau, ist in gleicher Eigenschaft zum 1. Armeekorps versetzt worden. Generalleutnant Gronau, Kommandeur der 1. Division, ist zum Gouverneur von Thorn ernannt. Kapitän z. S. Freiber v. Schimmelmann, Kommandant der „Preußen“, ist ab 1. Oktober zum Oberstleutnant in Danzig, Korvettenkapitän v. Rastorf zum persönlichen Adjutanten des Prinzen Waldemar ernannt und der Marinestation der Döse zugeteilt worden.

— (Zahlreiche Ordensauszeichnungen) an Militärpersonen höheren und niederen Grades, deren Befähigung im „Reichsan.“ nicht weniger als 5%, Spalten füllt, hat der Kaiser anlässlich der diesjährigen großen Herbstübungen verliehen. Unter anderen erhielten die kommandierenden Generale des 7. und 10. Armeekorps, Frhr. v. Bissing und v. Stänzer, den Schwarzen Adlerorden. Der Chef des Generalstabes, General v. Nolke, erhielt das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und der königlichen Krone.

— Fürst Bälou und die Parteiführer der Linken. Es ist selbstverständlich, daß über den Inhalt der Ausprache, die der Reichszentraler Fürst Bälou in Norderny mit Parteiführern der Linken und Rechten gehabt hat, und die, wie man wohl annehmen darf, in erster Linie eine Verständigung über die Einlösung der von dem Kanzler bei Inaugurierung seiner „Baarungs“-Politik versprochenen liberalen Reformen zum Zwecke hatte, in der Öffentlichkeit vorerst keine näheren Angaben gemacht werden können. Daß auf den bevorstehenden Parteitag der freimüthigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei die vertraulichen Verhandlungen etwa zur Sprache gebracht werden, ist ebenfalls nicht gerade wahrscheinlich. Vielleicht wird man dabei aber doch über den Kurs, den die Reichspolitik im nächsten Jahre nehmen wird, wenigstens einige Andeutungen finden in dem Referat, das der Abg. v. Bayer auf dem am 28. und 29. September in Konstanz stattfindenden Parteitage der Deutschen Volkspartei über die politische Lage erstatten wird.

— (Eine Novelle zum Handelsgesetzbuch) wird nach Mitteilung der Scherpreffe dem Reichstage zugehen. Es handelt sich darum, der Bestimmung des § 63, wonach der Handlungsgehilfe im Falle einer unverschuldeten Erkrankung Anspruch auf ein Gehalt für sechs Wochen haben soll, den Charakter zwingenden Rechts beizulegen, so daß in Zukunft der Abschluß von Verträgen unkaufbar sein würde, durch die der Handlungsgehilfe verpflichtet werden konnte, für den Fall der Erkrankung auf sein Gehalt ganz oder teilweise zu verzichten. Dagegen sollen mit Rücksicht auf die missliche Lage vieler kleiner Kaufleute, denen durch die Einstellung von Hilfskräften überdies noch besondere Kosten erwachsen, die dem Erkrankten zustehenden Beträge aus der Kranken- und Unfallversicherung für abzugsfähig erklärt werden.

— (Ihrer Sehnsucht nach neuen Reichsfeuern) gibt die „Deutsche Tageszeit.“ in einer ihrer letzten Nummern wieder Ausdruck. Sie bezeichnet dabei die Auffassung als falsch, daß man bei der Schaffung neuer Einnahmequellen warten müsse, bis sich übersehen lasse, ob die vorhandenen Quellen nicht allmählich reichlicher fließen; denn die zu erwartenden Mehreinnahmen würden jedenfalls nicht ausreichen, um die an das Reich in den nächsten Jahren heranreitenden Aufgaben zu erfüllen. Neue Aufgaben aber erforderten neue Mittel. Mit solchen Ausführungen sucht das Bülnerorgan den Boden zu bereiten für die günstige Aufnahme ihrer außerordentlichen Steuervorschläge, die u. a. in einer Dividendensteuer und in Auszubehölen auf Kali und Kohlen bestehen. Es wäre jedoch sehr unrichtig, wenn man an neue Steuern schon herangehen wollte, ehe sich übersehen läßt, wieviel die alten in ihrem Bedienungszustande bringen, und welche neuen Ausgaben dem Reich in den nächsten Jahren bevorstehen. Es muß nämlich besonders darauf hingewiesen werden, daß bei einigen der im vorigen Jahre bewilligten Steuern der volle Ertrag erst

nach mehreren Jahren einfließen wird. Wie wir zu unserer Benützung erlangen, steht dem auch die Regierung auf dem Standpunkt, neue Steuerordnungen nicht eher vorzubereiten, als bis das finanzielle Resultat der letzten Steuerreform sich klar einschätzen läßt. Deshalb hat Finanzminister Freiber v. Reibeben selbst dem Vertreter eines bedeutenden Industriezweiges erklärt, daß vor 1910 keine neuen Steuergesetzesentwürfe zu erwarten seien.

— (So muß es kommen!) Die „Kreuzzeitung“ macht dem Organ des Herrn Reichszentraler erste Vorhaltungen, daß es in seiner Polemik gegen das — den Konservativen so teure — Zentrum über die Stränge schlage. Ein reichsländisches liberales Blatt, das aber sehr oft seine eigenen Wege wandelt, wird der offiziellen Presse im allgemeinen und der „Nordd. Allg. Zig.“ im besonderen als Muster vorgehalten, deren Ton in den letzten Tagen nicht habe eruffen lassen, „daß sie von Diplomaten beauftragt“ wird. Da wird dem Fürsten Bälou, der ja die diplomatische Oberaufsicht über die „Nordd. Allg. Zig.“ führt, wohl nichts anderes übrig bleiben, als einen Redakteur der „Kreuzzeitung“ mit der Abfassung der kritischen Rationenkritik des offiziellen Blattes über die innere Politik zu betrauen.

— (Ist die Dänenpolitik schon wieder einmal umgeschwenkt?) Wie der „Täglichen Rundschau“ aus Schleswig gemeldet wird, wurde dem Redakteur Linnet aus Aarhus das Aufreten in einer Versammlung der Guttempler in Dierlinnet untersagt. Weiter hat, wie das Kopenhagener ministerielle Blatt „Kjöbenhavn“ berichtet, die Pantomimengesellschaft des Kopenhagener Holst auf einen Antrag an den Oberpräsidenten v. Bälou um Genehmigung dazu, nach Schluß der Saison im Livoli in den Orten Nordfriesland eine Reihe von Vorstellungen geben zu dürfen, eine „höfliche Ablehnung“ bekommen. — Das Naturalisationsgesuch des Bankdirektors Müller in Scherbeck ist vom Regierungspräsidenten abgelehnt worden. — Als lästig geworbener Ausländer wurde der dänische Staatsangehörige Nielsen aus Tonbern aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen.

— (Wegen der Neubesezung des Posener Erzbischofs) meint die konservative „Kreuzzeitung“ der kirchlichen „Köln. Volkszeitung“ ernhöft den Text lesen zu müssen. Einen Artikel des rheinischen Zentralblattes fertigt die „Kreuzzeitung“ wie folgt ab: Die Behauptung, es handle sich bei der Besetzung des Posener Erzbischofs um eine lediglich katholische Frage, ist einfach naiv. Die Provinz Posen ist ein Bestandteil des preussischen Staates; die preussische Regierung ist Herrin des Landes, sie hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, darüber zu wachen, daß die staatlichen Interessen zu ihrem Rechte kommen. Ein polnischer Fanaliter auf dem Posener Erzbischofsstuhl wäre mit den staatlichen Interessen im Osten nicht vereinbar, und wenn auch „Köln. Zig.“ die etwaige Nichtzulassung eines Nationalpolen mit den „brutalsten Akten des Kulturkampfes“ auf eine Stufe stellt, so wird das nicht bindern, daß die Regierung so handelt, wie es das staatliche Interesse gebietet.

— (Aus dem Sozialistenlager.) Ein neunzehnjähriger Graveur Max Peters, der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins, der für Aufkündigung und andere Verantwortungen der sozialdemokratischen Jugend ein Lieberbuch zusammengestellt hat, wurde am Mittwoch von der 7. Strafkammer des Berliner Landgerichts I wegen eines in diesem Lieberbuch enthaltenen Liebes zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Auch wurde auf Vernichtung des Textes des betreffenden Liebes in den beschlagnahmten Büchern sowie der zur Herstellung benutzten Platten und Formen erkannt. Die Strafkammer erblickte in dem Liebes eine Aufreizung zum Klassenhaß.

— (Kaiserliche Marine.) „Freyta“ ist am 9. September in Las Palmas eingetroffen und geht am 25. d. M. von dort nach Genua. „Bremen“ ist am 9. d. M. in Quebec angekommen und geht am 19. nach Halifax. „Vormars“ ist am 9. d. M. in Schanghai eingetroffen und am 10. nach Schanghai gegangen. „Luis“ ist am 9. d. M. von Tjingtau in See gegangen.

— (Aus Deutsch-Südwestafrika) Amtlich wird mitgeteilt: Nach telegraphischer Meldung des Gouverneurs von Südwestafrika befindet sich Morenga mit 12 Kassen und 8 Gewehren in der Gamfisi-Bucht und hat um Aufnahme in das Bondelselfwartabkommen gebieten. Der Gouverneur ließ Morenga daraufhin mitteilen, daß er bereit sei, die Unterwerfung anzunehmen, falls Morenga die Waffen ablegere und friedlich im Lande zu leben verspreche. Tue er dieses, so werde er wegen seiner Straftaten nicht zur Verantwortung gezogen und die Möglichkeit zum Leben durch Wiedehaltung haben. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gelangt.

Vermischtes.

(Bärenjad auf einem Schweizer Bahnhof.) Ueber eine Bärenjad in Aarau berichten die Schweizer Blätter folgende amüsante Einzelheiten. Dem Wägen der Menagerie...

über diese Krankheit aus dem Jahre 1414 bekannt. Laut dieser Aufzeichnung herrschte im Frühjahr dieses Jahres die Krankheit, die man jetzt als Grippe bezeichnet, so stark, daß am 5. März wegen heftiger Schmerzen im Kopf und in den Gliedern...

und 130 vernichtet wurden. Infolge der Explosion entstand eine Feuerbrunst, durch die 200 Arbeiter in der Grube eingeschlossen wurden. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen...

Reklameteil. Knorr's Hafermehl

Bestes Rohmaterial und sorgfältige Fabrikation bedingen die wertvollen Eigenschaften von Knorr's Hafermehl als leichtverdaulichste, nahrhafte und Durchfall vorbeugende Kindernahrung.

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion den Publikam gegenüber keine Verantwortung.

Bekanntmachung.

Durch das Gesetz vom 18. Juni 1907 (Gesetzsammlung 1907 Seite 129/140, ist der § 23 des Einkommensteuer-Gesetzes vom 19. Juni 1906 abgeändert worden...

Jeder Besitzer eines demontierten Grundstücks oder dessen Vertreter ist verpflichtet, der mit der Aufnahme des Personenlandes betrauten Behörde die auf dem Grundstücke vorhandenen Personen im Namen, Berufs, Geschlecht, Geburtsort, Geburtsjahr und Religionsbekenntnis, für Arbeiter, Diensthöten und Gewerbetreibenden aus dem Arbeitsgeber und die Arbeitsstätte anzugeben.

Die Haushaltungsvorstände haben den Hausbesitzern oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über ihren Arbeitsgeber und ihre Arbeitsstätte zu erteilen.

Wer für die Zwecke seiner Haushaltung oder bei Ausübung seines Berufs oder Gewerbes andere Personen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt, ist verpflichtet, über diese Einkommen, sofern es den Betrag von jährlich 3000 Mark nicht übersteigt, dem Gemeinde (Kreis) Vorstande seiner gewählten Wohnort in dem ganzen der Arbeitsbestellung unmittelbar vorangehenden Kalenderjahre beschäftigt waren, das in diesem Jahre tatsächlich bezogene Einkommen anzugeben.

a) Besichtigung der zur Zeit der Anfrage beschäftigten Personen nach Namen, Wohnort und Wohnung; eine Besichtigung zur Angabe von Wohnort und Wohnung besteht jedoch nur, soweit diese dem Arbeitgeber bekannt sind; b) das Einkommen, welches die zu a) bezeichneten Personen seit dem 1. Januar des Vorjahres bis zum 31. Dezember des Jahres tatsächlich an barem Lohn (Gehalt) und Naturalien aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnisse bezogen haben.

Diese Vorschriften liegen aus den gesetzlichen Vertretern nichtpflichtiger Personen ob. Merseburg, den 9. September 1907. Der Vorsitzende der Verwaltungs-Kommission.

W. v. Zimmermann. Kreis-Deputierter.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten.

Montag den 16. September 1907, abends 5 1/2 Uhr. Geheime Sitzung. Verordnungen.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung.

Montag den 16. September 1907, abends 6 Uhr. Tagesordnung:

- 1. Wahl eines beiderseitigen Stadtrats. 2. Wahl eines Armenbeständigkeitsvorstehers. 3. Entlohnung der Rechnungen. a) der Kinderbeobachtungsstelle der Abteilung für 1905, b) der Haushaltungsschule für 1905, c) des Altersheim für 1905, d) des Bergischen Stipendienfonds für 1906. 4. Mehrausgabe an Bau- und Reparaturkosten für das Hospital St. Elhi. 5. Mehrausgabe für das diesjährige Kleinfest. 6. Veränderung der Wohnungsordnung für die Lehrer und Lehrretinnen an der höheren Mädchenschule. 7. Aenderung der Wohnungsordnung für die Lehrer und Lehrretinnen an der höheren Mädchenschule. 8. Beschaffung einer Wägen mit besonderer Beschaffung für den englischen Sprachunterricht an der höheren Mädchenschule. 9. Bebauungsplan für das Gelände zwischen der Lachstädterstraße und der (verlängerten) Friedländerstraße. 10. Re Nummerierung der Häuser. 11. Beschließung über das Verhältnis zu Beneniten und Berber in Schulfragen. Geheime Sitzung. Verordnungen. Merseburg, den 10. September 1907. Der Stadtverordneten-Vorsteher. Baeg.

Auktion.

Sonntag den 14. September, vormittags 10 Uhr. In den alten Schöngarten 1 Sofa, 1 Vertikow, 1 Kommode mit Aufsatz, 1 Schreibsekretär, 1 Schreibtisch, 1 Waschtisch, 2 neue Nachtschöhen, 1 Bettstelle mit Matratze, versch. Betten, Polster- und andere Stühle, neue und gebrauchte Spiegel und andere Wirtschaftsgegenstände.

Richard Krampf. Ein Vogels, Einde, Kammer und Küche, sofort zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen. Weidenfelderstr. 14.

Der Fabrikbesitzer Herr Otto Steinig überließ bereitwillig, auf seinem Grundstück, Rosenthalerstr. 17 einen Hebelhammer anzulegen.

Eine Kinderbettstelle zu verkaufen. Weize Mauer 6.

Futterrüben verkauft. M. Benemann.

Federrollwagen. Paul Göhlsch, Remmardt 22/23.

Gute Speisekartoffeln. C. Heuschkel, Lennardtstr. 4, Park-Bad.

Kaufe getragene Kleidungsstücke, Federbetten, Wäcker, Hübel, Schuhe, Stiefel und dergl. mehr. H. Apelt, Delgrube 4.

Alte unmoderne Mahagoni-Möbel werden zu guten Preisen zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unter Z 107 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Jeden Posten Äpfel und Birnen sowie die Nutzung von Obstgärten und einzelnen Bäumen fault zu höchsten Preisen. Richard Schumann, Breitenstr. 8a.

Reparaturen und Auffrischen von Beleuchtungs- und sonstigen Metall-Gegenständen. wie vernickelt, verchromt, bronziert, poliert u. dergl. in bester Ausführung zu billigen Preisen. R. Dresner, Remmardtstr. 12.

Rechnungs-Formulare ganze, halbe und viertel Bogen fällt stets auf Lager und empfindlich billig. Buchdruckerei Th. Rössner, Merseburg, Delgrube 5.

Möbliertes Zimmer. Delgrube S. I.

Möbliertes Zimmer. mit Schlafzimmer ist sofort oder später zu beziehen. Burgstraße 9.

Laden am Markt, ev. mit großer Niederlage, zu vermieten. Offert. unter D 30 an die Exped. d. Bl.

Gasthof oder Restaurant. eventl. mit Grundstück, sofort zu kaufen gesucht. Agent. verb. Offerten unter H 100 Halle o. E. 2 postl.

Ein starker Göpel, zu gut wie neu, mit allem Zubehör, sofort zu verkaufen. Paul Göhlsch, Remmardt 22/23.

Ein leichter guter Aufschwager zu verkaufen. Goltzhardestr. 29.

Phonographen, Sprechapparate, Walzen, Platten u. Nadeln
empfehlen billigst
W. Schüller, Markt 16

Schon eingetroffen:
1a. frische Reh-Rücken, -Keulen, -Blätter und -Kochfleisch,
1a. grosse junge u. alte Rebhühner, Wildenten,
feinste Dresdener u. hiesige Gänse, Enten, Hähnchen, junge Tauben, Kochhühner,
lebende Karpfen, Aale, Hechte und Schleien
empfehlen
Emil Wolff.

Kindfleisch-Verkauf,
a. Pfd. 60 u. 70 Pfg.
L. Nürnberger.
Wer seine Kinder lieb hat gibt ihnen
Carl Koch's
langjährig bewährten

Nährzwieback.
Carl Koch's
Nährzwieback
bildet den Kindern gefundes Blut, stärkt den Knochenbau und bietet den besten Ersatz für die oft mangelnde Muttermilch.
Zu haben in Läden u. Bäckereien a. 10, 20, 30 u. 60 Pfg. bei:
M. B. Sauerberg Nachf., Gustav Köpke,
Oberbühlstraße;
Walther Bergmann, Göttergassestraße 10;
Karl Schmidt, Hinteraltendamm;
Wilhelm Hütterichs, Göttergassestraße;
Robert Jegensohn, Schmiedestraße 1;
Th. Sieber, Hallischestraße;
Adolf Wöhme, kleine Ritterstraße;
Krautleben: **Wid. Gander;**
Kraussel: **H. Wierich;** **Guigo Grunert;**
Groschka: **Otto Kay;**
Stebien: **L. Schmidt;**
Mücheln: **W. Adelt,** Bäckermessner;
Gatterstedt: **H. Quernurt;** **G. Roth;**
Steden: **Bernh. Sempel;**
Lanck: **Paul Häger;**
Madenell: **Albert Zander;**
Bambori: **Reinh. Dietrich;** **Wm. Nagel.**
Gröbers: **Gerdard Schwarze;**
Landskötter: **Langenberg;**
Schafkötter: **Stammer;**
Wiederkehkötter: **Schafkötter;** **Emma Dobritzsch;**
Bornstedt: **H. Quernurt;** **Otto Heuerich;**
Bäckermessner **Conrad, Wilsch.**

Seefische.
Freitag empfehle von großer Sendung:
Schellfisch o. K. a Pfd. 30 Pf.
Angelschellfisch a Pfd. 35 Pf.
Bratschellfisch a Pfd. 15 Pf.
Kabeljau o. K. a Pfd. 22 Pf.
Seelachs o. K. a Pfd. 15 Pf.
Rotzungen a Pfd. 50 Pf.

Nordseehalle
Entenplan 2. Telephon 333.
Schwed. Preiselbeeren,
feinst. ital. und franz.
Weintrauben
sind wieder eingetroffen bei
Emil Wolff.

Seltener Gelegenheitskauf!
Prachtvolles Porzellan, 2 Teller, 4 Stühle, Teppich, 2 Silber, Uhr, Puzel
sind zum Verkauf zu verkaufen.
Halle a. S., Geiststr. 21, I.

Sehenswürdig
ist das neue, großartig ausgestattete **Favorit-Modenalbum**. Jeder Besucher für Selbstverfertigung der Wintergarderobe. Preis nur 60 Pfg. Jugend-Modenalbum 50 Pfg. bei
Marie Müller Nachf.,
H. Ritterstraße 5.
Piläumen, Bergamotte-Birnen
zum Einmachen zu verkaufen **Winkel 6.**

Kaiser-Wilhelms-Halle.
Sonntag den 14. September. Anfang 8 1/4 Uhr.
Großes humoristisches Konzert
der bestrenommierten
Bennewitz-Sänger.
Erfolgreiche Leipziger Herren-Gesellschaft.
Sensationelles, höchst dezentos Novitäten-Programm!
Zur Aufführung gelangen u. a. die neuesten Solo- und Ensembleszenen von Raim. Bennewitz.
Neu!
Heutiger Klebegolduff a 7. deutschen Bundesfest in Breslau.
Entrée 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. bei den Herren **Otto Fuchs** und **A. Dietold.**

Buchdruckerei
von
Ch. Hottenroth & Sohn
befindet sich
vom 1. Oktober ab
Roonstrasse 9.

Modes.
Zeige hierdurch den Eingang
sämtlicher Neuheiten der Herbst- u. Wintersaison
ergeben! an. Modellhüte stehen zur gef. Ansicht.
J. Hagen, H. Ritterstraße 6a.
Dafelbst können sich noch junge Mädchen zum Lernen melden.

MIGNON-SCHOKOLADE
p. Pfund 160, 180, 200 u. 240 Pfg.
p. Tafel 20, 30, 40, 50 u. 60 Pfg.
Alleinige Fabrikanten:
David Söhne A.-G.
Halle a. S.
Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Gratis erhält man
Rezepte über das Einmachen der Früchte
von
Dr. A. Oetker, Bielefeld,
Backpulverfabrik.

ff. Bienenhonig,
garantirt rein elgner Bienenzucht, empfiehlt in bester Qualität
O. Traetbner, Hinteraltendamm 40.

Junge Vierländer Gänse und Enten
empfehlen
C. L. Zimmermann.

Meuschau.
Sonntag den 15. d. M., von nachmittags 3 Uhr ab,
Ballmusik, V. Schmidt,
Musik von der Merseburger Stadtapelle.

ff. Meikerei-Tafelbutter
officiere heute und folgende Tage
a. Stück 65 Pf.
Bermann Hehnert, Oberbühlstr. 23.

Dörstewitz.
Zum Erntedankfest Sonntag den 15. Sept. von nachmittags 3 Uhr an
Ballmusik.
Es ladet freundlichst ein **A. Harnisch.**

Gasthof Corbetha.
Sonntag den 15. Sept. zum Erntedankfest
Zanzmuff,
wogu freundlichst einladet
Wilhelm Kirchner.

Musik-Verein
„Frisch auf“
hält Sonntag den 14. Sept. von abends 8 Uhr an sein
Tänzchen
in der „Kuntenburg“ ad **Der Vorstand.**

Collenbey.
Zum Erntedankfest
Sonntag den 15. Sept. ladet freundlichst ein
O. Sinang.

Burgliebenau.
Zum Erntedankfest
Sonntag den 15. Sept. ladet freundlichst ein
Jentsch, Galtwitz.

Huld's Restauration.
heute
Schlachtefest.

heute
Schlachtefest.
C. Steger, Weichenfelderstraße 14.

heute
hansschlachte Burk.
Fr. Peege Weiche Mauer 23.

heute
Schlachtefest.
W. Alleritz, Amshäuser 6.

Einen Lehrling
mit guter Schulbildung für Kontor per Oetern 1908 heißt ein
A. Dresdner, Waagenfabrik.

Arbeiter
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht
Leimfabrik Fischerstraße.

Hausbursche
von 15-16 Jahren gesucht
Hordische Gärtenplan 2.

Tüchtigen Wiesenmäher
regiere sofort an
Eduard Klaus.

1 jüngeren Bäckergehilfen
steht 15. September ca. ein
Ernst Schurig, Bäckermessner, Branntweinstraße 1.

Junger Arbeiter
von 16-18 Jahren, der mit Beden gut umzugehen versteht, findet sofort Stellung.
Eduard Klaus.

1-2 tüchtige Grassäher
sodort gesucht.
Henschkel Lennacker 4.

Junger Hausdiener
sodort gesucht. Zu erfragen i. d. Exped. d. Bl.
Einen Schmiedegesellen
sucht **F. Böhm, Wiederkehkötter 6** Schafkötter.

1 Geschirrführer
wird angenommen.
Hertel, Saalstraße.

Kräftige Arbeiter und Burschen
finden jederzeit lohnende Beschäftigung.
Königsmühle.

Junges anständiges Mädchen,
welches die Damenkleiderei erlernen will, sucht
M. Dietze, Göttergassestr. 24.

Eine taubere Köchin
zum 1. Oktober sucht
Frau **Regierungs- u. Weibzinsrat Wodtke, Halleischestraße 1.**

Junges Mädchen
für einige Stunden des Nachmittags zur Hausarbeit gesucht
Ammer 23, I. r.

Verloren 1 Bund kleinere Schlüssel
vom Bahnhof bis Gasanstalt. Wegen Belohnung in der Exped. d. Bl. abzugeben.
Siezu eine Beilage.

Der Internationale Friedens-Kongress in München

bielt am Dienstag nachmittag seine erste Plenarsitzung ab, in der fünf Referenten über die Verhandlungen der zweiten Haager Konferenz berichteten. Alle Referenten stimmen darin überein, daß die zweite Haager Konferenz durchaus nicht resultatlos sei, und daß die Feststellungen der Konferenz über die Kriegsführung und die Rechte der Neutralen, sowie über das Schiedsgericht usw. als positive Resultate zu begrüßen seien, daß aber allerdings noch nicht die letzten Ziele der Friedensfreunde damit erfüllt seien. Am Mittwoch fand eine Diskussion über diese Referate und Beschlußfassung über eine Resolution, sowie über einen an die Haager Konferenz abzufendenden Brief statt. An den Präsidenten Roosevelt wurde ein Dantelegramm für seine Initiative zur Einberufung der zweiten Haager Konferenz gesandt. Vom Prinz-Regenten Luigold ging ein Dantelegramm auf das Jubiläumstelegramm des Kongresses ein.

In dem an die Haager Konferenz gerichteten Schreiben des Kongresses wird die Befriedigung über die bisher erreichten Resultate ausgesprochen, andererseits aber betont, daß das Endziel der Konferenz nicht die Reglementierung des Krieges, sondern seine Ersetzung durch eine vollständige Organisation des Völkerrechts durch einen allgemeinen Vertrag über ein dauerndes obligatorisches Schiedsgericht sein müsse. Das Schreiben drückt den Wunsch aus, daß ein permanentes allgemeines Komitee aller Mächte im Haag eingestellt werde zur Vorbereitung der weiteren Friedenskonferenz, welche das begonnene Friedenswerk weiter fördern soll.

Der Kongress nahm ferner am Mittwoch eine Resolution an, in der ausgesprochen wird, eine Nation ehre sich selbst, wenn sie nicht zum Kriege, sondern zu einem Ehrengerichte ihre Zukunft nehme, um ihre Ehre zu wahren. Dagegen wurde nach längerer Diskussion der erste Teil dieser Resolution zurückgezogen, welcher besagt hatte: Der Kongress ist der Ansicht, daß eine Nation, sobald was ihre Ehre als was alle anderen Fragen betrifft, sich nicht als einzig maßgebenden Richter betrachten darf.

Volkswirtschaftliches.

(Der Deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag in Straßburg beschäftigte sich in seiner Schlußsitzung am Mittwoch auch mit dem Gesetzentwurf zur Sicherung der Bauforderungen. Man nahm eine Resolution an, die auf eine Verschärfung der Bestimmungen dieser Vorlage gerichtet ist. Unter allem andern sollen auch Gefäßbauten in den Bereich des Entwurfs aufgenommen werden. Weiterhin wurde die Frage einer Reform der Arbeiterversicherungs-Gesetze und der Ausdehnung des Ueberweisungs- und Schieds-Vereches im Handwerk besprochen. Zu letzterem Punkte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der unter anderem der in Aussicht stehende Erlass eines Schieds-Gesetzes begrüßt wurde. Auch wurde ein Antrag der Handwerkskammer Düsseldorf angenommen, der den Ausschuß beauftragt, ein Verbot über den Wert und den Nutzen des Scheuwerkes ausarbeiten zu lassen.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 11. Sept. Auf der Straße Ammendorf Halle der Fernbahn Halle. Merseburg entstand gestern in der Nähe von Loebis Hof eine unliebsame Betriebsstörung dadurch, daß bei einem Motorwagen die Bremse versagte, so daß derselbe nicht von der Stelle zu bringen war. Infolge dessen stauteten sich die folgenden Wagen der Fernbahn und auch die Wagen der Stadtbahn, da dort befaßlich beide Bahnen dasselbe Geleis befahren. Nachdem Mannschaften aus dem Depot herangeholt worden waren, wurde das Hindernis bald beseitigt und der Betrieb wieder in vollem Umfange aufgenommen. Derselbe Motorwagen erlitt aber noch einen weiteren Unfall an der Haltestelle auf dem Nebenplog. Auf ihn fuhr der vorher losgekoppelte Anhängerwagen derart schief los, daß sein Vorderperon arg beschädigt wurde. Den Anfaß hat der Anprall zum Glück nichts geschadet.

† Sieröleben, 11. Sept. Einen Schurkenstreich führten gestern hier drei Burschen aus. Sie füllten eine leere Flasche mit Carbide und schütteten Wasser hinzu. Hieraus resultierte die Explosion in einer Schar spielender Kinder und brachten sich dann in Sicherheit. Natürlich gab es eine Explosion. Durch die umherliegenden Glas-

splitter wurden 10 Kinder verletzt, von denen eine eine schwere Stirnwunde erhielt, so daß es sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Ursprünglich glaubte man, dem blutüberströmten Kinde seien die Augen ausge schlagen, aber zum Glück sind sie von den Splintern nicht getroffen worden.

† Sangerhausen, 11. Sept. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittag im Hause Neuweide 6 zugetragen. Die 16-jährige Tochter des Arbeiters Luther war in dem genannten Grundstücke mit Rollen von Wäsche beschäftigt, als sie plötzlich einen fürchterlichen Schrei vernahm. Ihr 6-jähriger Bräuderchen, das sie überlässiger Weise „mit auf die Koll“ genommen hatte, war in das Getriebe der Drehtulle geraten und hierbei derartig am Kopf gequetscht worden, daß bald darauf der Tod des bedauernswerten Kindes eintrat. Dieser tief-beklagenswerte Fall sollte allen Eltern zur Warnung dienen.

† Nordhausen, 11. Sept. Im Nachbarorte Bennungen fiel bei der Rückkehr vom Felde der Domänenarbeiter Reinhard von der Deichsel eines mit Hafer schwer beladenen Wagens. Die Räder gingen dem Mann über den Kopf, der dadurch tödlich gespalten wurde. Der Tod trat augenblicklich ein. Der Verunglückte hinterließ eine Witwe mit 3 Kindern.

† Wippra, 11. Sept. Dem Vernehmen nach bereitet die Mansfelder Kupfergrube bauende Gesellschaft die Anlage einer größeren Talsperre am Zusammenflusse der alten mit der schmalen Wipper, etwa 1 Kilometer oberhalb des Harzhütchen Wippra, vor. Gegenwärtig ist man noch mit den Vorarbeiten und Vermessungen beschäftigt. Zweck der Neuanlage wird die Wasserregulierung der Mansfelder Kupferindustrie-Anlagen, besonders der im Wippertale liegenden Hütten- und Elektrizitätswerke, sein.

† Vom Gießfelde, 10. Sept. Gegen den ehemaligen Tischler Ausmeier in Kirchgangern, der auf dem Gießfelde bei der fast katolischen Bevölkerung mit seinen Wunderkuren vielen Anhang fand, sind neuerdings bei der Staatsanwaltschaft mehrfach Anzeigen wegen fabriklässiger Tötung eingegangen. So schwebt gegen ihn ein Verfahren wegen falscher Behandlung einer pythustranken Frau, deren Leiche bereits ausgegraben wurde; Ausmeier soll sie auf Gallensteinen behandelt haben. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist nun auch die Leiche eines auf einigen Wochen gestorbenen und vorher von Ausmeier behandelten Mannes ausgegraben worden, da der Verdacht besteht, daß Ausmeier auch in diesem Falle falsch behandelt habe. Weiter wurde die Leiche eines Schuhmachereisters Herbst ausgegraben und geöffnet. Der Wunderdoktor soll den gefunden, kräftigen Mann „zu Tode kuriert“ haben. Die beiden Brüder Ausmeiers haben sich — neidisch auf das Bombengeschäft ihres Bräuders — in zwei Nachbarorten niedergelassen, so daß es jetzt also drei Wunderdoktoren auf dem Gießfelde gibt.

† Weimar, 11. Sept. Der Großherzog hat den Garten neben Oberles Gartenhaus von Deinhardt endgültig erworben.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 13. September 1907.

Die 59. Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins. Der Zentralvorstand des Evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung versendet die Forderung für die 59. Hauptversammlung, die in den Tagen vom 16. bis 20. September in Jena stattfindet. Auf der umfangreichen Tagesordnung stehen u. a. eine Anzahl öffentlicher volkstümlicher Versammlungen für Mitglieder und Freunde des Gustav-Adolf-Vereins. Am Dienstag, dem 17. September, abends 7 1/2 Uhr, findet die erste derartige Versammlung statt, in der die Herrn Superintendenten D. Braasch, Jena, Gehelmer Kirchenrat D. Pantz-Keipig, sowie einige Diasporagemeinschaften sprechen werden. Am folgenden Mittwoch mittags ist die erste öffentliche Hauptversammlung, in der Superintendent D. Hartung, Keipig den Jahresbericht erstatten und die Ueberreichung der Festgaben erfolgen wird. Nachmittags hält der Kinderfreund Pastor Zuleck Bremen einen Kirchengottesdienst. Am Abend sollen zwei volkstümliche Versammlungen stattfinden, die vom Konfirmandenrat Professor Lic. Rendtorff-Riel und Stadtpfarrer Jandt, Lehr geleitet werden. Für den Donnerstag ist die zweite öffentliche Hauptversammlung mit Besprechung des Jahresberichtes, Berichterstattung über Zentralassenrechnung für 1906, Ueberreichung der Gustav-Adolf-Kindergabe, Beschlußfassung über Ort und Zeit der nächsten Hauptversammlung usw. vorgesehen. Die Liebesgabe wird für die Gemeinden Ay-Senden in Bayern, Dittmannsdorf

in Schlesien und Lipthal in Mähren vorgeschlagen, über die Pfarrer Ernst Straßburg berichtet wird. Für den Freitag sind Auszüge nach Weimar und Dornburg-Taubenburg geplant.

† Vom Manöver. Unsere 36 er weilen seit Dienstag in der Gegend von Schweinitz, wo sie Krieg im Frieden spielen. Interessante Bilder bieten sich jetzt im Manövergelände dem Soldatenfreund — und welcher Deutsche wäre das nicht. Er bekommt einen Begriff von dem Schweb in der Organisation unserer Truppen. Die Zahl der Manöverbatterien ist denn auch recht groß, die sich in der Gegend von Schweinitz, Altenburg, Torgau eingefunden haben. Eins fällt diesmal auf: die geringe Zahl der Kavalleristen. Von den Kavallerie-Regimenten, die unser Armeekorps zählt, sind nur die Halberstädter Kürassiere vollständig im Manövergelände. Von den Jägers-Husaren konnten nur eine oder zwei Schwadronen ausrücken; die übrigen liegen in der Garnison fest, weil die Pferde an Brustleide erkrankt sind. Die Ulanen aus Salzwedel und Garbelgen fehlen aus dem gleichen Grunde, und die Jäger-Husaren sind zum Kaisermanöver nach Westfalen kommandiert. Selbstverständlich reist die geringe Kavallerie für vier Infanterie-Brigaden, zu denen bekanntlich noch je ein Panzerartillerie-Regiment gehört, schlecht aus; man hat sie in ganz kleine Verbände gliedern müssen, um nur einigermaßen den Meebedienst usw. ausführen zu können, und das fällt natürlich den einzelnen Manöverbatterien, mag auch sonst ihr militärisches Verhältnis gleich Null sein, auf. Auch in den Divisionen des Manövergeländes selbst vermisst man die schmäden Reiter. Der Kavallerie, dem der Säbel raffelt und die Sporen klirren, erfreut sich ja nun einmal von allen Waffengattungen einer besonderen Beliebtheit. Soweit bisher Berichte vorliegen, sind die Truppen überall aufs gastlichste aufgenommen; selbst wo die Einquartierung ein bisschen düster ist, hat man miteinander geteuschert, dem Soldaten, der sich tagtäglich abgeht, freundliche Aufnahme zu bereiten. So geeignet wie unser Merseburg und seine fette Umgebung ist allerdings die Gegend nicht immer, in der sich jetzt die Manöver abspielen. Aber Soldatenhumor hilft darüber hinweg; auch unsere 36 er werden die Zeit gut überleben, und wenn sie dann gegen Monatschluß in die Garnison zurückkehren, schämen sie gewiß die Merseburger Fleischöpfe besonders hoch, die ihnen hier liebende Hände zum Willkommen bereiten.

† Die am Mittwoch nachmittag von dem biesigen Verein für Heimatskunde angezeigte Bestichtigung des Doms und des Domarchivs erfreute sich eines starken Zuspruchs; gegen 150 Personen hatten sich eingefunden. Herr Stiftsuperintendent Professor W. B. B. hatte in liebenswürdiger Weise die Führung im Dom übernommen. Derselbe erklärte die Gründung und Entstehung des Doms, sowie die verschiedenen Bauart desselben. Hierauf wurde die Bibliothek und das Archiv mit den reichen und kostbaren Schätzen in Augenschein genommen. Viele Besucher waren überrascht über die Fülle der alten Schriften und Urkunden, welche bis in das graue Altertum hineinreichen.

W. Am Dienstag nachmittag während der Turnstunde auf dem Hofe des Gymnasiums erlitt der Unterriener Leeder einen schweren Armbruch. Er wurde sofort nach Halle in die Klinik transportiert. Man fürchtet, daß der Arm reiß bleiben wird, doch hoffentlich ist diese Besorgnis unbegründet. Zum Glück ist es der linke Arm. Eine Schull an dem dauerlichen Unglücksfall trifft niemanden.

† Vom Neubau im Wankeschen Fabrikgrundstück stürzte gestern nachmittag infolge eigenen Verschuldens der Zimmermann Spiegel von hier. Anschonend schwer verletzt wurde derselbe in die Klinik nach Halle transportiert werden.

† Die neue Raumburger Straße ist seit einigen Tagen auf der Strecke zwischen dem Müländis-plog und den fogen. Land Scheunen mit Gasbeleuchtung versehen. Eine zweite Neuerung ist an der Gasleitung vor der Müländis in die Anlagen verfesten Bedürfnisanstalt vor dem Gottbaldstorte wahrzunehmen. Derselbe zeigt an zwei Stellen vier-eckige Säulen von rotem Glas, so daß sie sich abends schon von weitem bemerkbar machen. Wahrheitslich soll dieses Zeichen auf die daneben befindliche Bedürfnisanstalt aufmerk-sam machen.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

≤ Geruhenau, 11. Sept. Mit dem Herausnehmen der Frühkartoffeln ist in biesiger Gegend teilweise begonnen worden. Die

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 Mk., monatlich 35 Pf.; durch die Postträger und die Post Bezugspreis 1,20 Mk. durch den Postboten ins Haus 1,60 Mk. Einzelnummer 5 Pf.
Beschriftet wöchentlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Festtagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum 1/2 Blatt in West- u. Ostpreußen pro Seite 30 Pf., bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden nur unter Geschäftsbedingungen angenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte ohne mit Druckausgabe gefahrte. Für unrichtige Mitteilungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 215.

Freitag den 13 September 1907.

34. Jahrg.

Partei-Angelegenheiten.

Noch immer ist der Glaube weit verbreitet, daß die 3 1/2 Millionen Stimmen, welche bei der letzten Reichstagswahl für sozialdemokratische Kandidaten abgegeben worden sind, von Sozialdemokraten resp. Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei herrühren. Daß dem nicht so ist, daß die Zahl der wirklichen Sozialdemokraten Partei sehr gering ist, geht aus dem sechsen veröffentlichten Parteibericht hervor. Danach soll die Mitgliederzahl der Parteioffizianten im letzten Jahre einen „glänzenden Aufschwung“ genommen haben und seit 1906 um 146 000 gewachsen sein. Aber demnach beträgt sie jetzt nicht mehr als ja. 530 000. Davon kommen aus Groß-Berlin ja. 78 000 gegen 41 000 im Vorjahre. Die „Roten“ sind damit erst auf die numerische Stärke der „Schwarzen“ gekommen. Denn nach dem auf dem Deutschen Parteitag in Würzburg jüngst erlassenen Geschäftsbericht zählt der „Volksverein für das katholische Deutschland“, welcher im wesentlichen von den katholischen Arbeitervereinen gebildet wird, über 500 000 Mitglieder und es hat derselbe seit Jahresfrist nur um 50 000 zugenommen. Wenn man nun auch den Umstand in Betracht zieht, daß hunderttausende von Arbeitern Mitglieder liberaler, nationaler und evangelisch-christlicher Vereine sind, so erhellt als Laie, daß das ganze Proletariat noch lange nicht auf Seite der Herren Vebel und von Wolmar steht, selbst wenn man jene 3 1/2 Millionen Wählerstimmen für sozialistische ansehe wollte. In Wahrheit sind in dieser Wählermasse mindestens 2 1/2 Millionen „richtige“ Sozialisten enthalten, die nur von einem gewissen politischen Radikalismus befeuert sind und diesem am besten durch sozialdemokratische Stimmgabe fördern zu können glauben. In manchen Punkten drückt sich aber doch die Forderung der katholischen, evangelischen, liberalen und sonstigen nicht-sozialistischen Arbeitervereine mit der sozialdemokratischen. Sie verlangen, wie diese, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, uneingeschränkte Koalitionsfreiheit, die Rechenschaftigkeit der Berufsvereine im ausgedehnten Maße, die Aufrechterhaltung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit allgemeiner Stimmgabe, die Einführung desselben in den Bundesstaaten, die sich seiner noch nicht erfreuen und last not least die Fortführung der Sozialgesetzgebung zugunsten der wirtschaftlich-Schwachen. Die Nichtberücksichtigung dieser Forderungen führt den Sozialdemokraten neue Anhänger, wenn nicht Parteimitglieder, so doch Wähler zu.

Dieses Messen mit falschem Maßstab macht sich aber nicht nur in gesellschaftlicher, sondern bekanntlich auch in konfessioneller Beziehung bemerkbar und es werden dadurch gar viele richtige Kräfte auf die Dauer kalt gestellt und auch verblüht. Eine Agitation aller wahrhaft patriotischen Parteien zum Zwecke der Bekämpfung des aus alten Zeiten kommenden, auf überkommenen Anschauungen beruhenden übertriebenen Klassengeistes wäre ein wahrhaft zeitgemäßes Unternehmen, das bald die große Mehrheit der deutschen Nation auf seiner Seite haben würde. Die Sozialdemokraten können einer solchen Bewegung nicht entgegenstehen, nicht einmal neutral zusehen, weil sie sonst von ihr über den Haufen gerannt würden. Es mehren sich ja ohnedies die Kräfte in ihrem Lager, welche den Grundsatz, die bürgerlichen Parteien niemals zu unterstützen, verdammen. So hat der in Altona stattgehabte Kongress der scheinig-bolschewistischen Sozialdemokratie, auf dem 90 Delegierte vertreten waren, mit großer Mehrheit den Antrag, die bürgerlichen Parteien bei Reichstagswahlen in keinem Falle zu unterstützen abgelehnt. Vielleicht wird es sich auf dem bevorstehenden Parteitag in Offen zeigen, daß der totgegangene Revisionismus doch noch lebt und in aller Stille große Fortschritte gemacht hat.

geraume Zeit gefiehet. Auch auf die gesamte Weltlage dürfte das Bekanntwerden der russisch-japanischen Abmachungen nicht ohne Einfluß im Sinne einer Verkärkung des überall betonten Friedensbedürfnisses bleiben.

Die Vorgänge in Marokko.

Um die in Casablanca geschädigten Deutschen vor wirtschaftlichem Ruin zu schützen, hat Reichskanzler Fürst v. Bülow, wie der Berliner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ seinem Blatte meldet, beschlossen, daß ihnen aus der Reichskasse auf ihre Geschäftsgeldansprüche, die sich auf ungefähr eine Million belaufen, ein Vorschuss von 250 000 Mk. bewährt werden soll. Dieser Vorschuss wird natürlich, wenn die Geschäftsgeldansprüche erfüllt ist, an die Reichskasse zurückgezahlt und sollte diese Angelegenheit bis zum Zusammentritt des Reichstages nicht erledigt sein, so würde der Reichskanzler für diese Verwendung von Reichsmitteln die nachträgliche Genehmigung des Reichstages einholen müssen.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ macht über die Vorgeschichte dieses Reichsvorschusses noch folgende Mitteilungen: Auf Grund der Vorstellungen einer Deputation der Deutschen Kolonie in Casablanca, die, wie auch wir melden, jüngst beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin vortrat, wurde amtlich ermoget, ob es möglich sei, den durch das Bombardement und dessen Folgen geschädigten Deutschen Casablancas, in Berücksichtigung der vorliegenden außergewöhnlichen Umstände, ausnahmsweise durch Gewährung eines Vorschusses zu Hilfe zu kommen. Die deutschen Botschaften in Tanger und Casablanca wurden zum Bericht über die Lage der Geschädigten aufgefordert und antworteten, daß der Fortbestand der dortigen Handelshäuser ohne sofortige Geldhilfe in der Tat gefährdet sei. Der Reichskanzler hat nunmehr unter dem 10. d. M. entschieden, daß unter diesen Umständen aus der Reichskasse ein Vorschuss in Höhe von 250 000 Mk. flüssig gemacht werde, vorbehaltlich der späteren Erhaltung durch die dazu Verpflichteten und ebenso vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch den Reichstag.

Eine Änderung der zurückhaltenden spanischen Politik der Marokkfrage scheint tatsächlich im Werk zu sein. König Alfonso soll neuerdings für ein völliges Zusammengehen mit Frankreich und die Mitwirkung Spaniens bei der militärischen Befreiung der Häfen Marokkos einreten. Da Ministerpräsident Maura sich aber nicht zur Unterfertigung dieser Politik bereit findet, befürchtet man eine Ministerkrise. Als Nachfolger Maura wird bereits der Kammerpräsident Dato genannt.

Aus Casablanca wird Pariser Blättern vom Dienstag gemeldet, daß für Mittwoch ein neuer Angriff der Marokkaner erwartet wurde. General Drube ist wieder beordert. Mit Hilfe des Militärballons hat das Lager der Marokkaner beobachtet und festgestellt werden können, daß der Feind neue Verstärkungen erhalten hat. Auf Befehl Mulay Hafids sind 7000 Mann, darunter 3000 Beritten, von Marrakech aufgezogen, um sich den Schajwas anzuschließen.

Wozu die marokkanische Staatsbank gut ist. Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet aus Tanger, die marokkanische Staatsbank habe dem Sultan Abdul Assis eine Million Franken vorgeschossen, die zur Hälfte in Fez, zur Hälfte bei seiner Ankunft in Rabat zahlbar sein soll.

Wie der „Temo“ aus Tanger meldet, hat in der Nähe von Marrakech wohnende Stamm der Beniagna den Stamm der Semeno angegriffen, der Mulay Hafid günstig gestimmt ist.

Zur Abholung deutscher Reichsangehöriger aus den marokkanischen Gebieten ist nach der „Danz. Ztg.“ der Marinetransportdampfer „Prinzessin“ mit dem Heimaistransport von den

Die russisch-japanischen Vereinbarungen.

Ein Handels- und Seeschiffvertragsvertrag sowie ein Fischereivertrag, sind am Mittwoch veröffentlicht worden. Schon am Dienstag machte die „Petersb. Tel.-Agentur“ über Inhalt und Bedeutung dieser Verträge folgende Angaben:

Der russisch-japanische Handels- und Seeschiffvertragsvertrag ist in Uebereinstimmung mit dem Artikel 12 des Portsmouther Vertrages und entspricht den mit anderen Mächten abgeschlossenen Meeresbegünstigungs-Verträgen. Dem Vertrage sind besondere Artikel und ein Protokoll beigelegt, die Vertragskraft haben. Durch diese verpflichten sich Rußland und Japan, gegenseitig einige Begünstigungen anzuerkennen, welche nicht zu den wesentlichen Wünschen der nachfolgenden Völkern gehören. Die wichtigsten davon sind: Rußland bewilligt sich das Recht vor, den Nachfahrtaaten zur Erleichterung des Handels innerhalb eines Grenzstreifens von fünf Meilen Begünstigungen zu gewähren. Für Japan dagegen bleibt die Bestimmung bezüglich des japanischen Handels mit den benachbarten asiatischen Ländern hinsichtlich der Straße von Malakka in Kraft. Ein angelegtes Beispiel betrifft die Handelsbeziehungen des Vermögens und des Besitztums mit dem Japan zugehörigen Kurantung-Territorium. Der Handelsvertrag tritt zwei Monate nach dem Austausch der Ratifikationen in Kraft. Jede der Vertragsmächte hat das Recht, nach dem 4. bzw. 17. Juli 1910 die andere von ihrer Pflicht in Kenntnis zu setzen, den Vertrag anzugeben, der dann zwölf Monate nach der Erklärung erlischt. Eine weitere wichtige Konvention zwischen Rußland und Japan betrifft den Austausch der russischen an die japanischen Bahnen in der Wandschuren auf der Station Kuanhsinganzai, sowie die technischen Bedingungen des Anschlusses und Dienstes auf diesen Bahnen. In dem am 28. Juli abgeschlossenen, am 9. September ratifizierten Fischereivertrag gewährt die russische Regierung den japanischen Untertanen das Recht der Fischerei sowie des Sammelns und der Verarbeitung der Meeresergänze, ausgenommen Robben und Seotieren, im Japanischen, Chotschischen und Behingischeer mit Ausschluß der Fische und Wuchten. Der Fischfang und die Verarbeitung der Meeresergänze wird den japanischen Untertanen auf Spezialstellen bestimmten Landstücken gestattet. Diese Landstücke werden an japanische und russische Untertanen ohne Unterschied der Nationalität durch öffentliches Ausgebot bezogen. Die Japaner behalten eine besondere Geländestücke für den Fischfang und Stodhschfang. Die russischen sowie die japanischen Untertanen, welche Landstücke gepachtet haben, sind hinsichtlich der Steuern und Gebühren gleichgestellt. Zur Ausfuhr bestimmte Fische und Meeresergänze aus dem Küsten- und dem Innereisland werden russischerseits nicht befreit. Die von japanischen Untertanen zum Fischfang und zur Verarbeitung der Fischereiprodukte engagierten Personen unterliegen keiner Beschränkung aus nationalen Gründen. Die japanische Regierung verpflichtet sich ihrerseits, Fische und Meeresergänze aus dem Küsten- und Innereisland mit keinem Einfuhrzoll zu belegen. Der Fischereivertrag wird nach Ablauf von je zwölf Jahren nach Vereinbarung beider Vertragsmächte erneuert beziehungsweise modifiziert.

Die russische und japanische Diplomatie können mit dem Ergebnis ihrer Arbeiten wohl zufrieden sein. Für den „fernen Osten“ ist damit im Zusammenhang mit den anderen Verträgen, die Japan mit England und Frankreich abgeschlossen hat, der Friede auf

